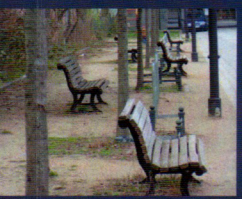
Heinz Nagler
Riklef Rambow
Ulrike Sturm
(Hrsg.)





Der öffentliche Raum
in Zeiten der Schrumpfung

edition stadt und region *LEUE VERLAG*

Wie es ist: Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung

Riklef Rambow

„weniger werdend auf welche sonderbare weise aber was ist sonderbar hier vermindert jahrelang dann plötzlich halb soviel"
(Samuel Beckett, „Wie es ist" 1961)

Der Begriff „Schrumpfung" hat im stadt- und regionalplanerischen Diskurs eine erstaunliche Karriere hinter sich. Noch vor wenigen Jahren hätte man an dieser Stelle sorgfältig begründen müssen, warum es überhaupt notwendig ist, sich mit dem Phänomen des Bevölkerungsverlusts aus planerischer Sicht auseinanderzusetzen. Auch als die Zahlen bereits deutlich darauf hinwiesen, dass sich hier auf Dauer gestellte Prozesse von erheblicher Tragweite abzeichnen, wurden vielerorts weiter die Augen verschlossen. Stattdessen wurde – aus politischen, ökonomischen und psychohygienischen Gründen – an der Schimäre permanenten Wachstums festgehalten. Die Schrumpfung verblieb in einer tabuisierten Randzone und die Rede von ihr konnte, an falscher Stelle vorgetragen, zu Verärgerung und ernsthafter Sanktionierung führen.

Der Umschwung in der Konjunktur des Begriffs kam plötzlich und mit hohem Nachdruck. Wer heute ein Buch veröffentlicht, das die Schrumpfung im Titel führt, der muss wohl vor allem begründen, in welcher Weise die darin enthaltenen Texte über den allgemeinen Kenntnisstand hinausgehen, der auf den zahlreichen Symposien und Tagungen erarbeitet und in den vielen Büchern und Artikeln verbreitet wurde, die seit der stürmischen Hausse des Begriffs durchgeführt wurden bzw. entstanden sind. Die Schrumpfung hat sich vom Tabu- zum Modebegriff gewandelt, und man tut gut daran, die Gefahren ebenso wie die Chancen zu sehen, die sich mit dieser Wandlung verbinden. Wie jeder in Mode gekommene Begriff zeigt auch die Schrumpfung schon nach kurzer Zeit erste Abnutzungserscheinungen. Sei es, dass der Erklärungswert des Begriffes überdehnt wird; sei es, dass er als unscharfer Omnibusbegriff verwendet wird, dessen Definition bewusst oder unbewusst so variabel gehalten wird, dass man niemals genau weiß, wovon eigentlich gerade die Rede ist; oder sei es, dass er dazu benutzt wird, bereits seit langem bestehende Interessen und Projekte in einen aktuell klingenden Kontext zu stellen: Es ist sinnvoll, die theoretischen und praktischen Ansprüche, die mit dem Begriff der Schrumpfung transportiert werden sollen, sorgfältig zu prüfen.

Eine Entwicklung, die sich schon sehr bald abzeichnete, nachdem die Tatsache des Bevölkerungsrückganges politisch und wissenschaftlich einmal akzeptiert war, ist die Fixierung auf den Umgang mit den Wohnungsbeständen. Weil weniger Menschen zunächst einmal weniger Wohnraum benötigen, und die sich abzeichnenden Wohnungsleerstände ebenso wie ihr gezielter Abriss (bzw. „Rückbau") erhebliche finanzielle Engagements erfordern, ist diese Schwerpunktsetzung nachvollziehbar und zum Teil auch sinnvoll. Sie ist aber auch problematisch, denn das Leben der betroffenen Menschen findet natürlich keineswegs ausschließlich in den „eigenen vier Wänden"

statt. Die subjektiv empfundene Qualität städtischen Lebens wird zumindest ebenso durch die Versorgungsinfrastrukturen, die Verkehrswege, die sozialen Bindungen und die verschiedenen öffentlichen Räume geprägt. Und für jeden dieser Bereiche lässt sich zeigen, wie sehr er sich durch die selektive Ausdünnung der „Teilnehmer" – denn nichts anderes bedeutet Schrumpfung – strukturell verändert.

Auch diese Zusammenhänge sind mittlerweile weithin erkannt, was z.B. im Rahmen des Wettbewerbs Stadtumbau Ost zur Forderung nach „Integrierten Stadtentwicklungskonzepten" geführt hat, deren Ziel es ist, alle relevanten Aspekte in einem Gesamtansatz zusammenzuführen. Allerdings ist hierbei, wie bei vielen „integrierten" „holistischen" oder „systemischen" Denkansätzen, die Tendenz zu beobachten, dass der prinzipiell richtige Ansatz, eine möglichst vollständige Liste relevanter Aspekte, Faktoren und Zuständigkeiten zu erstellen, den es dann abzuarbeiten gilt, nicht selten auch zu Überforderung und Lähmung führt. Diese werden dann häufig dadurch kompensiert, dass zwar auch weiterhin die althergebrachten Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden, die unerwünschte Kontinuität aber durch hohen begrifflichen Aufwand kaschiert wird.

Die erfolgreiche Integration verschiedener Aspekte ist ohne die vorherige Bereitschaft zu analytischer Konzentration und Beschränkung nicht zu haben. Deshalb versuchen die Beiträge des vorliegenden Bandes ganz bewusst, den Blick auf einen bestimmten Aspekt der Problematik zu fokussieren: den öffentlichen Raum und seine Entwicklung unter den Bedingungen der Schrumpfung. Diese Thematik stellt höchste Anforderungen an die Bereitschaft zur Präzisierung und zur Reduktion, sind doch beide Bestandteile des zu untersuchenden Zusammenhangs in hohem Maße unscharf und deutungsoffen. Was für die Schrumpfung oben bereits angedeutet wurde, gilt für die Frage, was eigentlich unter dem öffentlichen Raum – oder öffentlichen Räumen – zu verstehen sei, allemal. Bekanntermaßen sind wir hier von einer definitiven Klärung weit entfernt.

Die Auseinandersetzung in diesem Band beginnt deshalb mit Beiträgen, die sich aus unterschiedlicher disziplinärer Perspektive der Frage nach dem „Wesen" des öffentlichen Raums stellen. Diese Frage führt in das Zentrum eines Diskurses, der eine lange Geschichte hat und dem gerade in den letzten Jahren wieder verstärkte Aufmerksamkeit seitens einer breiten Fachöffentlichkeit zuteil wurde. Das intensive Interesse am öffentlichen Raum beruht vor allem auf der Wahrnehmung eines rapiden Wandels. Mit Aspekten dieses Wandels und seiner Verarbeitung in den Medien und in der Fachdiskussion beschäftigt sich der Beitrag von Robert Kaltenbrunner. Der öffentliche Raum ist zweifellos von vielen Seiten „unter Druck" aber wie reagiert er darauf? In Kaltenbrunners Beitrag werden einige Themen angesprochen, ohne die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den öffentlichen Räumen gar nicht geführt werden kann und die deshalb das Buch leitmotivisch durchziehen: Zuallererst geht es dabei um das Verhältnis zwischen öffentlichem Raum und öffentlichem Leben bzw. Öffentlichkeit; zwischen gebauter Umwelt und sozialen Prozessen; zwischen materialer Gestaltung und menschlichem Erleben und Verhalten sowie deren politisch-ge-

sellschaftlicher wie kultureller Überformung. Dieses Verhältnis ist anerkanntermaßen komplex und nur als Interaktion der verschiedenen Ebenen zu verstehen. Weder ist der öffentliche Raum bloßer Ort öffentlichen Handelns, noch determiniert er dieses in einfacher Weise. Spezifische Räume ermöglichen oder behindern bestimmte Formen gesellschaftlicher Praxis, aber sie werden auch durch Aneignungsprozesse, durch Nutzung und Abnutzung, durch verfremdende Ansprüche verändert. Die Bereitstellung bestimmter Räume kann kurz- wie langfristig zu individuellen und gesellschaftlichen Lernprozessen führen, sie tut dies aber fast niemals automatisch und in vorhersehbarer Weise. Technologische Entwicklungen wie das Internet oder das Mobiltelefon verändern soziale Verhaltensweisen und damit das öffentliche Leben und das Verhalten im öffentlichen Raum. Aber auch hier können niemals simple Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nachgewiesen werden. Die Gefahr einseitig alarmistischer Diagnostik ist groß, wie dies insbesondere Wolfgang Kaschuba in seinem Beitrag an vielfältigen Beispielen belegt. Kaschuba fokussiert auf den öffentlichen Raum als Ort der Repräsentation. Er plädiert für ein genaues Hinsehen und dafür, sich nicht von theoretischen Versatzstücken, die das Verständnis von öffentlichem Raum im Fachdiskurs lange Zeit geprägt haben, den Blick versperren zu lassen. So haben zwar neue Technologien die Kommunikation als eine wesentliche Konstituente öffentlichen Verhaltens zweifellos erheblich verändert. Aber ganz offensichtlich treten virtualisierte und auf leibliche Anwesenheit bezogene Formen der Kommunikation nicht in ein einfaches Konkurrenzverhältnis, dergestalt, dass eine quasi konstant zu denkende Menge kommunikativer Handlungen sich nun auf diese beiden Formen aufteilen müsse. Vielmehr sind virtuelles und leibhaftiges Kommunizieren in vielfältiger Weise verschränkt, wie Kaschuba am Beispiel der fast archaisch anmutenden Schülerdemonstration zeigt, die durch die schnelle Verständigung via Internet überhaupt erst ermöglicht wird. Der öffentliche Raum wird durch die analysierten gesellschaftlichen und technologischen Wandlungsprozesse nicht überflüssig, aber die Ansprüche an ihn verändern sich in signifikanter Weise.

Ein weiteres Leitmotiv, welches das Nachdenken über den öffentlichen Raum durchzieht, ist das Verhältnis von normativer Setzung und deskriptiver Analyse. Es erfordert hohe Anstrengung, diese sauber voneinander getrennt zu halten, und ist doch eine notwendige Voraussetzung für jede vernünftige Verständigung über den Gegenstand. Das öffentliche Leben, das sich in den öffentlichen Räumen entfalten soll, ist in so vielfältiger Hinsicht an die zentralen Themen gesellschaftlicher Entwicklung gekoppelt, dass jede Beschäftigung mit dem öffentlichen Raum fast unwillkürlich zu einer Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Idealen und zumindest implizit auch mit dem je eigenen Menschenbild wird. Der Beitrag von Gereon Sievernich lenkt das Augenmerk auf die bedeutende Rolle, die Straße und Platz in der abendländischen kulturellen Entwicklung gespielt haben und noch spielen. Er macht damit auf die historische Dimension der Wahrnehmung von öffentlichem Raum aufmerksam, die den Rahmen für jede zeitgenössische Perspektive darstellt. Dabei wird deutlich, dass sich mit diesen archetypischen baulichen Formen in der gesellschaftlichen Vorstellung Ideale des Zusammenlebens verbinden, die als Vorstellung von demokratischem städtischem Leben auch heute noch aktuell sind.

Wenn aber die Wahrnehmung räumlicher Konstellationen und ihre Nutzung davon abhängen, welche Vorstellungen vom öffentlichen Leben in den Köpfen der Bevölkerung dominieren, dann liegt es auf der Hand zu fragen, in welcher Weise die unterschiedlichen politischen Systeme der BRD und der DDR den Umgang mit dem öffentlichen Raum bis heute prägen. Auch Christine Weiske untersucht Straße und Platz als die Prototypen des öffentlichen Raumes. Sie interessiert sich dabei aber für die „politische Verfassung von Öffentlichkeiten" Am Beispiel von Chemnitz, dem früheren Karl-Marx-Stadt, illustriert sie die komplizierte soziale Dynamik, die sich entfaltet, wenn Akteure vor einem Publikum etwas tun und durch diesen Arena-Effekt das entsteht, was wir Öffentlichkeit nennen. Weiske fokussiert in ihrer Analyse also nicht nur auf die Konstituente „Kommunikation" sondern ergänzt diese durch die Konstituente „Beobachtung" Das Wissen um das Vorhandensein eines Publikums ist demnach wesentlich für öffentliches Verhalten. Solche öffentlichen Arena-Situationen können sich aber in vielerlei Hinsicht unterscheiden, so etwa bezüglich Zugänglichkeit, Thema und Mitsprachemöglichkeiten. Situationen, die räumlich und von außen betrachtet fast identisch wirken, können von ihrer Bedeutung und ihren Konsequenzen her völlig unterschiedlich sein.

Peter Marcuse vermeidet die Rede vom „öffentlichen Raum" und spricht in seinem Beitrag statt dessen von öffentlich nutzbarem Raum („publicly usable space"). Er zeigt durch die Einführung präziser Unterscheidungen deutlich auf, dass die simple Unterscheidung von öffentlichen und privaten Räumen analytisch nicht weit trägt und mithin zu verkürzten Schlussfolgerungen führen muss. Stattdessen differenziert er die öffentlich nutzbaren Räume nach den drei Dimensionen „publicness" „use" und „ownership" deren verschiedene Kombinationsmöglichkeiten die beeindruckende Vielfalt umreißen, die innerhalb dessen, was meist vereinfachend öffentlicher Raum genannt wird, tatsächlich herrscht. Erst diese präzise Analyse liefert Marcuse die Grundlage, um die aktuellen Bedrohungen des öffentlich nutzbaren Raumes begrifflich zu erfassen und realistische Handlungsoptionen für Architekten und Planer zu skizzieren. An dieser Stelle greift er auf eine Thematik vor, die ein weiteres Leitmotiv dieses Bandes darstellt und vor allem in den Beiträgen des dritten Teils vertieft diskutiert wird: die Frage nach dem Selbstverständnis der planenden Berufe und der Reichweite ihres Handelns in Bezug auf den öffentlichen Raum.

Marcuses Ausführungen sind eine wichtige Ergänzung zu den vorhergehenden Beiträgen, insofern sie verdeutlichen, dass Straße und Platz zwar archetypischen Charakter für das Nachdenken über öffentlichen Raum haben mögen, ihn aber sowohl hinsichtlich der puren Ausdehnung als auch hinsichtlich der tatsächlichen Bedeutung für das öffentliche Handeln bei weitem nicht erschöpfen. Möglicherweise sind sogar die „schmutzigen" Grenzfälle wie Flughäfen, Einkaufszentren, Tankstellen etc. für eine realistische Einschätzung des Zustands der öffentlichen Räume noch wichtiger als die klassischen „offenen" Räume Straße und Platz, weil sich in ihnen Prozesse des Wandels unmittelbarer abbilden. Lässt man erstere bei der Betrachtung außer Acht, so dürfte dies zu einer erheblichen Unterschätzung der tatsächlichen Varianz der Erscheinungsformen und zukünftigen Möglichkeiten öffentlichen Lebens führen.

Die Beiträge im zweiten Teil dieses Bandes gehen intensiv der bereits oben angedeuteten Frage nach, welches Erbe die DDR im Hinblick auf den öffentlichen Raum und seine Nutzung hinterlassen hat und ob bzw. wie dieses Erbe bis heute fortwirkt. Dabei haben wir es auch hier wieder mit zwei ineinander greifenden Ebenen zu tun. Zum Einen hat die DDR eine gebaute Realität hinterlassen, die nicht zufällig, sondern als Resultat einer sehr bewussten städtebaulichen Politik – bzw. bewusster städtebaulicher Politiken – entstanden ist. Zum Anderen hat sie auf politischer Ebene bestimmte Vorstellungen von Öffentlichkeit und Privatheit entwickelt und mit mehr oder minder durchschlagendem Erfolg auch durchgesetzt, welche vermutlich das Verhalten und Erleben derjenigen, die mit diesen Vorstellungen aufgewachsen sind, bis heute beeinflussen. Sowohl die gebaute Realität als auch die Einstellungen und Verhaltensweisen haben seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten allerdings tiefgreifende Anpassungsprozesse durchlaufen. Diese haben aber ersichtlich nicht zu einer vollständigen Angleichung der Verhältnisse in den neuen und den alten Ländern geführt. „Schrumpfung" bedeutet deshalb auch heute in Nordrhein-Westfalen etwas anderes als in Brandenburg oder Sachsen, selbst wenn bestimmte quantitative Parameter sehr ähnlich sein mögen. Wer diesen Unterschieden und ihren praktischen – planerischen wie politischen – Konsequenzen auf die Spur kommen möchte, der tut gut daran, sich mit der Vorgeschichte des heutigen Zustands intensiv auseinanderzusetzen.

Thomas Topfstedt zeichnet in seinem Beitrag die städtebauliche Entwicklung und den städtebaulichen Diskurs der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts nach und analysiert die Rolle, welche die Begriffe Öffentlichkeit und öffentlicher Raum dabei spielten. Er zeigt, dass die Begriffe selbst kaum benutzt wurden und weist auf die analytischen Schwierigkeiten hin, die daraus erwachsen, wenn diese Begriffe mit den Konnotationen, die sie in der westdeutschen Diskussion erworben haben, nun retrospektiv auf die historische Situation in der DDR angewandt werden. Topfstedt plädiert stattdessen für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen öffentlicher Aktivität, die sich unter dem Druck des monopolistischen Anspruchs der politischen Führung der DDR entwickelten. Die Chronologie des Beitrags von Topfstedt wird in dem Text von Holger Barth weiter geführt, der am Beispiel des Berliner Stadtteils Prenzlauer Berg der Frage nachgeht, wie in den siebziger und achtziger Jahren bis zum Ende der DDR mit den öffentlichen Räumen umgegangen wurde. Barth zeigt, wie eine selbstorganisierte Öffentlichkeit einen Paradigmenwechsel im Denken über städtisches Leben und im Umgang mit der Stadt herbeiführen konnte, welcher zu einem bis dahin kaum denkbaren Bedeutungsgewinn des Bestands führte und dessen Rekonstruktion stützte. Gründe für diesen Wandel macht er im Zusammenwirken wissenschaftlicher Untersuchungen mit einem Umdenken bei Teilen der Stadtplaner- und Architektenschaft und einer an Einfluss gewinnenden Bürger- und Protestbewegung aus. Die Beiträge von Topfstedt und Barth verdeutlichen zwar einerseits, wie unterschiedlich die begriffliche Karriere des Öffentlichen und des öffentlichen Raums in den zwei Systemen verlaufen ist, sie zeigen aber auch, dass die Entwicklungen keineswegs völlig entkoppelt verliefen. So weist beispielsweise die Umgestaltung der DDR-Innenstädte zu Fußgängerzo-

nen als „Räumen des Bedarfs" Ende der siebziger Jahre viele Ähnlichkeiten mit der zeitgleichen Entwicklung im Westen auf, und diese wirken bis heute fort. Auch die Verbindung politischen Protests mit dem Einsatz für den Erhalt von Altbauquartieren spiegelt bei aller Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen für die Akteure einen übergreifenden Zusammenhang wider.

Für den Umgang mit der Stadt und ihren öffentlichen Räumen ergab sich dadurch nach der politischen Wende eine komplizierte Gemengelage, die zu äußerst unterschiedlichen Strategien und Ergebnissen geführt hat. Die ohnehin immer schwierige Frage, was von der baulichen Substanz erhaltenswert sei und was nicht, welche neuen Bedürfnisse vordringlich befriedigt oder vielleicht auch erst geweckt werden müssten, war in den knappen zehn Jahren nach der Wende, in denen von Schrumpfung kaum die Rede war, zusätzlich verkompliziert worden. Das Entsetzen über die vorgefundene Misere hatte sich zunächst mit der Euphorie über die sich daraus ergebenden professionellen Möglichkeiten vermischt. Der Ruf nach einer Rekonstruktion des geschichtlich scheinbar unbelasteten Bestands aus den Zeiten vor dem zweiten Weltkrieg konkurrierte mit der je unterschiedlich beantworteten Frage, was denn vom gebauten Erbe der DDR erhaltenswert sei, und dem Wunsch, die vermeintliche tabula-rasa-Situation dazu zu nutzen, alles neu und besser zu machen.

Heinz Nagler und Ulrike Sturm gehen in ihrem Beitrag in fünf Fallstudien der Frage nach, wie mit den zentralen öffentlichen Räumen der Städte, denen ein besonders hoher Identifikationswert zugesprochen wird, seit der Wende umgegangen wurde, und versuchen eine vorsichtige Bewertung der dabei zum Zuge gekommenen städtebaulichen Strategien. Dabei unterscheiden sie zwischen „repräsentativen Räumen" und „Räumen des Bedarfs" als zwei zentralen städtebaulichen Kategorien, die sich in Nutzung, Zielsetzung und Gestaltung erheblich unterschieden und, so die These, deshalb auch nach der Wiedervereinigung ganz unterschiedlich behandelt wurden. Die Analyse fördert viele wichtige Fragen zutage, deren gemeinsame Basis wiederum das komplizierte Verhältnis von räumlich-ästhetischer Gestaltung einerseits und psychologischer bzw. funktionaler Aneignung andererseits ist. Wird die ästhetisch offene, mit weiten Leerräumen spielende Gestaltung eines innerstädtischen Konsumbereichs möglicherweise auch deshalb abgelehnt, weil sie an die Gestaltung der politisch hoch aufgeladenen Repräsentationsräume alter Prägung erinnert? Oder sind die Gründe für die Ablehnung eher auf der Ebene der funktionalen Angebote zu suchen, die durch die Gestaltung neuen Stils gemacht werden, und die ein verändertes öffentliches Verhalten verlangen? Ist der Wunsch nach Kleinteiligkeit der Gestaltung, nach geschützten Sitznischen, Bäumen und einer starken Vorstrukturierung von Sichtbeziehungen ein Relikt, das durch Entwöhnung infolge vorausgreifender gestalterischer Entscheidungen verschwinden wird, oder ist es ein dauerhafter Ausdruck allgemeinerer Bedürfnisse? Mit anderen Worten: Welche Bilder von Öffentlichkeit transportieren die aktuellen Gestaltungen und wie interagieren diese mit den vorfindlichen Auffassungen? Gibt es dabei signifikante Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern? Nagler und Sturm plädieren für eine starke Rolle der Gestaltung, die aber durch einen kommunikativen, konsensorientierten Prozess gestützt und vermittelt

werden soll. Sie berühren damit auch schon die Frage, ob bzw. wie sich Berufsbild und Rolle von Planern und Architekten unter den Bedingungen der Schrumpfung verändern werden, die im dritten Teil dieses Bandes intensiver untersucht wird. Mit dem Konzept der „Stadtagentur" machen die Autoren einen Vorschlag, wie Planung und Kommunikation unter diesen Umständen integriert werden können.

Der Beitrag von Christine Hannemann ergänzt die stärker städtebaulich orientierten Analysen von Topfstedt, Barth, Nagler und Sturm um eine dezidiert stadtsoziologische Perspektive. Hannemann weist zunächst auf die wichtige und oft vergessene Tatsache hin, dass die „Schrumpfung" keineswegs in den neuen Ländern „erfunden" wurde. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele für den Niedergang von Städten und Regionen, und zumindest die erheblichen Abwanderungsprozesse, die infolge des Strukturwandels in den schwerindustriellen Kernregionen der westlichen Industriestaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts international zu beobachten waren, haben auch ein hohes Maß an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das Ruhrgebiet, die Gegenden um Lille oder Manchester oder amerikanische Städte wie Detroit und Buffalo stehen hier beispielhaft für viele andere. Es ist wichtig, sich diesen Sachverhalt zu vergegenwärtigen, um der Gefahr zu entgehen, Selbstverständlichkeiten neu zu erfinden, aber auch, um die Entwicklungen in den neuen Ländern umso schärfer davon abgrenzen zu können. Spezifika der ostdeutschen Entwicklung findet Hannemann einerseits im Rekurs auf die DDR-Vorgeschichte, andererseits in der gesamtwirtschaftlichen Lage, die eine Kompensation der Deindustrialisierung durch Wachstumsprozesse in anderen Wirtschaftsbereichen kaum mehr realistisch erscheinen lässt. Ihre Beschreibung der resultierenden „Deökonomisierung" ist ernüchternd und lässt kaum Zweifel daran, dass die Möglichkeiten, durch gestalterische Maßnahmen der „funktionellen Entleerung" entgegenzuwirken, äußerst begrenzt sind. Das heißt allerdings nicht, dass es gleichgültig wäre, wie mit den öffentlichen Räumen umgegangen wird. Im Gegenteil erscheint es gerade unter diesen Umständen wichtig, illusionslos und mit hoher Frustrationstoleranz den Tatsachen ins Auge zu sehen. Nur so ist es möglich, die vorhandenen Möglichkeiten gezielt zu nutzen, anstatt Räume zu gestalten, die, weil sie eher auf insgeheim erhoffte denn auf tatsächlich vorhandene Bedürfnisse reagieren, die Verödung eher beschleunigen als ihr entgegen zu wirken.

Wie können Architektur und Stadtplanung als Professionen mit dieser Situation umgehen? Bedeutet Schrumpfung für den Planer vor allem, dass es weniger zu planen gibt, oder bedeutet es vielmehr, dass das Verständnis von Planung insgesamt auf den Prüfstand gehört? Im Deutschland der ersten Jahre des neuen Jahrtausends trifft die Schrumpfungsdiagnose auf eine Entwicklung innerhalb der planenden Berufe, die auch ohne sie schon schwierig genug wäre. Während die Anzahl der Architekten und Stadtplaner kontinuierlich gewachsen ist und auf absehbare Zeit auch noch weiter wachsen wird, stagniert die Nachfrage nach Planungsleistungen, in Teilsektoren sinkt sie sogar. Ausgelöst durch diese Krise befinden sich Architektur und Stadtplanung schon seit längerem auf der Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern, nach bislang unentdeckten Marktchancen, nach veränderten Strategien und einem neuen Selbstbild.

Das individuelle Erlebnis der „Schrumpfung" des Büros, des Umsatzes, des Gehalts etc. verbindet sich mit der Wahrnehmung der Bevölkerungsschrumpfung zu dem starken Empfinden, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Hinzu kommt, dass die kritische Bewertung des DDR-Erbes – der Verplanung aller Lebensbereiche von zentraler Stelle mit den Folgen von Verkrustung, Inflexibilität und schließlich eines dinosaurierhaften Aussterbens – das konventionelle Masterplandenken diskreditiert und im Umkehrschluss die Attraktivität von flexiblen, prozesshaften und temporären Formen planerischen Handelns erhöht. Möglicherweise ist die Dichotomie in dieser Form aber zu einfach formuliert. Auf jeden Fall hat die aufgeheizte Debatte über die Zukunft der schrumpfenden Städte beschleunigenden Einfluss auf die Diskussion um die Zukunft der Planung, und wie so häufig bei beschleunigten Prozessen geht es darum, weder den Anschluss zu verlieren noch durch hysterische Überreaktion dazu beizutragen, den Wagen aus der Kurve fliegen zu lassen.

Eduard Führ plädiert in seinem Beitrag für ein grundlegendes Nachdenken über Schrumpfung und die Möglichkeiten von Planung. Er beginnt mit einer semantischen Analyse des Konzepts Schrumpfung und zeigt, dass dessen Konnotationen nicht unproblematisch für den Verlauf der Diskussion sind, da sie ein bestimmtes Verständnis von Stadt bereits voraussetzen, das der Situation nicht gerecht wird. Führ hält ein erweitertes Verständnis von Urbanität für nötig, das nicht einseitig am Dinghaft-Materiellen klebt, sondern auf einer klaren kulturellen Haltung basiert. Demnach befinden wir uns weniger in einem Prozess der quantitativ verstandenen Schrumpfung, vielmehr liegt das Problem in einer nur qualitativ zu begreifenden Desurbanisierung. Führ skizziert ein Konzept von Architektur als „Kultivierung des Gebrauchs" und benennt Ansätze aus der Geschichte von Architektur und Städtebau, die das kritisierte enge Verständnis von Architektur und Stadt zu überwinden versuchen. Auf diese gilt es seiner Ansicht nach zurückzugreifen, um den „Umbau der Disziplin" voranzubringen.

Verweist diese Forderung nach einem veränderten Selbstverständnis von Architektur und Planung in ihrer grundsätzlichen Kritik auf einen zumindest langfristigen, wenn nicht utopischen Prozess, so schlägt Philipp Oswalt ein pragmatischeres, gleichsam homöopathisches Vorgehen vor. Ihm geht es weniger um einen grundlegenden Umbau der Disziplin als vielmehr um eine Erweiterung der planerischen „toolbox" durch künstlerisch-urbanistische Strategien, die mit vergleichsweise geringen Mitteln Aneignungsprozesse in Gang bringen oder verstärken und die Wahrnehmung der Stadt verändern. Beide, Führ und Oswalt, betonen die Gefahr der „Austrocknung" des öffentlichen Raumes durch Prozesse der Desintegration, den Rückzug in Vororte und private Idyllen, die zu einem – freiwilligen – Verlust an Teilhabe führen. Oswalt warnt allerdings davor, bei der Diagnose dieses Rückzugs die verbleibenden oder auch neu entstehenden Potenziale zu übersehen, die sich durch Nutzungen und Aneignungen jenseits der klassischen öffentlichen Räume ergeben. Treffpunkte von Teil- und Subkulturen wie Tankstellen, Baumärkte oder Brachflächen können als Ansatzpunkte für die „Akupunktur des öffentlichen Raumes" dienen. Es liegt in der Natur der Sache, dass offen bleibt, wohin ein solches „City-Tuning" letztlich

führt, und dass es uns nicht von der Notwendigkeit entbindet, auch weiterhin andere Strategien der Stadtplanung zum Zuge kommen zu lassen.

Um die Identifikation von Potenzialen unter schwierigen Bedingungen geht es auch in dem Forschungsprojekt, aus dem Andrea Haase in ihrem Beitrag berichtet. Aufbauend auf einer Kritik des klassisch-modernen Stadtverständnisses, das qua Funktionentrennung zu Segregation und Dekonzentration geführt hat, lenkt sie den Blick auf „Verflechtungsräume" die einen wesentlichen Ansatzpunkt für Erneuerungsprozesse darstellen können. Der „Verflechtungsraum" ist ein komplexes Konstrukt, das die Verbindung von privat und öffentlich sowie von gebautem und gelebtem Raum betont. Haase beschreibt Möglichkeiten der konkreten Operationalisierung und zeigt an drei Beispielen, wie mit diesem analytischen Instrumentarium festgestellt werden kann, welche Optionen sich für die Stadtentwicklung noch bieten. Auch Gunther Laux stellt in Form der „prozessorientierten Morphologieplanung" eine Planungsmethodik vor, die für sich in Anspruch nimmt, flexibler und effizienter als derzeit gängige Methodiken auf die aktuellen Probleme reagieren zu können. Bemerkenswert an dem Ansatz von Laux ist, dass er zwischen Schrumpfung und Wachstum ausdrücklich keinen grundsätzlichen Unterschied macht, sondern beide Entwicklungen als legitimen Ausdruck von strukturellem Wandel und permanentem Stadtumbau betrachtet. Die Prinzipien zur Steuerung derartiger Prozesse sind, so Laux, von deren Richtung nicht abhängig. Zentrales Merkmal der prozessorientierten Morphologieplanung ist die Betrachtung der Stadt als Geflecht von Freiräumen, also quasi als Negativ der gebauten Architekturen. Während letztere als wandelbar und flexibel begriffen werden, stellt der urbane Freiraum nach Laux „die einzig stabile Grundstruktur" und folglich den eigentlichen Gegenstand von Planung dar.

Handelt es sich bei den Beiträgen von Führ, Oswalt, Haase und Laux um eher theoretische Erörterungen der Grenzen sowie eine mögliche oder erforderliche Neuorientierung von Planung, so sind die Texte des vierten und letzten Teils dieses Bandes an konkreten Beispielen orientiert. Die bereits mehrfach erwähnten Leitfragen und -motive der Diskussion finden sich natürlich auch in diesen Berichten aus der Praxis. Zu Beginn stellt Oliver Kuklinski schlaglichtartig die wesentlichen Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt vor, das eine exemplarische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation des öffentlichen Raums und seiner Wahrnehmung bietet. Der Beitrag von Kuklinski ist als kritische Anmerkung zum gegenwärtigen Diskurs über öffentliche Räume zu verstehen. Neben dem Befund, dass die sorgfältige empirische Prüfung gängiger Thesen und Einschätzungen eine immer noch viel zu seltene Ausnahme bildet, zeigen die Beobachtungen von Kuklinski, weshalb ein Zuwachs an derartiger Forschung sinnvoll wäre. Die Ergebnisse intensiver Expertenbefragungen enthalten zahlreiche Hinweise darauf, dass sich Manches in der Wahrnehmung der Befragten anders darstellt als allgemein vermutet.

Marietta Tzschoppe kommt am Beispiel der Stadt Cottbus zu einem verhalten optimistischen Ausblick auf die Zukunft der öffentlichen Räume. Sie betont vor allem zwei Aspekte: Zum einen die Notwendigkeit, gerade in Zeiten der Schrumpfung

erhebliche Anstrengungen für attraktive Innenstädte zu unternehmen, um der Dispersion und der Abwanderung entgegenzuwirken. Und zum anderen den Wert von Beteiligungsverfahren, welche die Bürger frühzeitig in die Planung einbeziehen. Beides zusammen wird als belastbare Grundlage gesehen, um auch bei schrumpfender Bevölkerung ein hohes Maß an Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt zu gewährleisten. Die Beispiele, die Tzschoppe schildert, beziehen sich auf zentrale Plätze in Cottbus, die in ihrer Gesamtwirkung der Stadt ein klar erkennbares Gesicht geben. Die dabei angewandten diskursiven Verfahren mit Gestaltern, Bürgern und Vertretern der Stadt mündeten jeweils in konkrete Gestaltungsideen und ihre anschließende professionelle Umsetzung.

Auch Tobias Hundt und Lars Scharnholz beschreiben in ihrem Beitrag positive Beispiele von Stadtumbau, allerdings stammen diese aus Sachsendorf-Madlow, einer Plattenbau-Großsiedlung am südlichen Rand von Cottbus. Durch verschiedene Maßnahmen soll diesem Stadtteil, der unter starker Abwanderung leidet, wieder eine Perspektive gegeben werden. Das Ziel ist nicht die Wahrung des Status Quo oder gar eine Umkehrung der Entwicklung, sondern ein „gezielter Rückbau bei Erhalt der Stadtkonturen" Es wird nach Maßnahmen gesucht, die auf originelle und neuartige Weise Qualitäten schaffen, die das Leben unter den gegebenen Bedingungen bereichern können. Hundt und Scharnholz betonen vor allem die Bedeutung eines „Milieus", das es ermöglicht, in enger Zusammenarbeit verschiedener Akteursgruppen und der lokalen Bevölkerung innovative Projekte zu konzipieren und zu realisieren. Die Autoren sehen in Sachsendorf-Madlow laborartige Bedingungen gegeben, die es ermöglichen, Wissen und Erfahrungen zu sammeln, von denen sie annehmen, dass sie in wenigen Jahren auch im Westen Deutschlands von großem Wert sein werden. Demnach kommt der offensiven Auseinandersetzung mit Schrumpfungsprozessen also auch eine „Avantgarde"-Funktion zu, die den beteiligten Planern durch einen späteren „Ost-West-Transfer" neue Marktchancen eröffnen könnte.

Zu skeptischeren Einschätzungen kommen hingegen die Praxisberichte von Lara Bartscherer und Gerald Leue sowie von Frank Schwartze. Bartscherer und Leue berichten über die Situation in Eisenhüttenstadt. Dabei handelt es sich um ein hoch interessantes Beispiel für die Probleme des Stadtumbaus, weil Eisenhüttenstadt als „erste sozialistische Stadt" auf deutschem Boden die städtebaulichen Ideen der frühen DDR fast idealtypisch veranschaulicht. Die bauliche Substanz, die als Flächendenkmal gesichert ist, weist bei genauer Betrachtung erstaunliche Qualitäten auf, an die man unter günstigeren ökonomischen Bedingungen anknüpfen könnte. Beispielsweise erinnert das Konzept der „Stadt der kurzen Wege" durchaus an moderne ökologisch orientierte Stadtkonzepte. Aufgrund ihrer genauen Kenntnis der Situation vor Ort gelangen die Autoren aber zu einer eher skeptischen Einschätzung der verbleibenden Handlungsspielräume. Zudem stößt die immer wieder vorgebrachte Forderung nach Beteiligung der Bürger an der Planung dann an ihre Grenzen, wenn die Möglichkeiten der Umsetzung dessen, was durch ehrenamtliches Engagement erarbeitet wurde, sehr gering sind. Sofern Beteiligung eine Aufteilung von Entscheidungsbefugnis auf

mehrere Schultern sein soll, muss es auch real etwas – Positives – zu entscheiden geben, wenn nicht Frustration oder Resignation die Folge sein sollen.

Frank Schwartze zieht Folgerungen aus einem Forschungsprojekt im Rahmen des Programms Stadt 2030, das er gemeinsam mit anderen in der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben/Gubin durchgeführt hat. Er schildert zunächst die äußerst ernüchternden Ergebnisse, die eine detaillierte stadträumliche Analyse erbracht hat. Demnach wird als identitätsstiftender Raum überwiegend die zum Großteil schon lange nicht mehr existente Altstadt gesehen. Schwartze beurteilt die Möglichkeiten, diese Räume in einer Weise wiederherzustellen, die der kollektiven Imagination entsprechen, als äußerst gering. Bei dem gegebenen extrem niedrigen Entwicklungsdruck und der weiter nachlassenden Nachfrage ist vielmehr mit einer starken Zunahme offener, brach fallender Flächen zu rechnen, für die Nutzungen nur mit einem nicht vertretbaren hohen Aufwand quasi künstlich erzeugt werden könnten. Schwartze kommt zu dem Resümee „Weniger Stadt ist nicht mehr, sondern einfach weniger" und wendet sich damit gegen Versuche, Brachflächen in Möglichkeitsflächen umzudefinieren. Seiner Ansicht nach stoßen gestaltorientierte Ansätze unter den Bedingungen extremer Schrumpfung an grundsätzliche Grenzen. Eine gangbare Alternative sieht Schwartze in einer Neudefinition von Planung, die auch neue Kompetenzen erfordert. Seine Anregungen gehen in zwei Richtungen: Erstens sei zu überlegen, wie von projekt- oder stadtteilbezogener Partizipation der Schritt zu Modellen gesamtstädtischer Steuerung vollzogen werden kann, welche Beteiligung schon im Vorfeld von Planung, beispielsweise bei der Haushaltsplanung, ermöglichen. Zweitens sei am Beispiel des 19. Jahrhunderts zu lernen, wie Stadtumbau durch eine Beschränkung auf die Gestaltung der stadttechnischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen bei gleichzeitigem Verzicht auf gestalthafte Festlegungen sparsam, aber äußerst robust organisiert werden kann. Wie die beiden abschließenden Beiträge des Bandes zeigen, ist das beliebte, wenngleich oft diffus und unscharf eingesetzte Instrument der partizipativen Leitbildentwicklung äußerst empfindlich gegenüber der Differenz Wachstum/Schrumpfung. Die in ökonomischen Zusammmenhängen gern benutzte, euphemistische Metapher des „Gesundschrumpfens" ist ein Konzept, das auf der Ebene individueller Erfahrung kaum sinnhafte Korrelate findet und deswegen zur Motivation breiter Bevölkerungsschichten nicht wirklich taugt.

Unter dem Strich ist klar, dass der Umgang mit dem öffentlichen Raum in Zeiten der Schrumpfung schwierig ist und bleiben wird. Einfache Rezepte verbieten sich, weil die Phänomene und ihre Rahmenbedingungen weit davon entfernt sind, einheitlichen Regeln zu folgen. Wer von öffentlichem Raum und von Urbanität oder städtischem Leben spricht, der sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass diese Begriffe in einer Stadt wie Leipzig etwas völlig anderes bedeuten als in Cottbus oder Luckenwalde, auch wenn alle drei Städte „schrumpfende Städte" sind. In jedem Fall ist aber eine gezielte Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum geboten, wenn die Kommunen in Zeiten der Schrumpfung nicht mit den Einwohnern auch noch das Städtische an sich verlieren sollen.